



Marburg, 21.10.2020

Eingang: 21.10.2020

TOP: 8

Sozialdemokratische Partei Deutschlands - SPD
Christlich Demokratische Union Deutschlands - CDU

Lfd.Nr. 459/2020 KT

Resolutionsantrag zur Kreistagssitzung am 13.11.2020

Resolutionsantrag der Fraktionen von SPD und CDU betr. „Anerkennung und Respekt für das politische Ehrenamt“

Beschluss:

Der Kreistag wird gebeten, folgenden Resolutionsantrag zu beschließen:

1. Der Kreistag stellt mit Besorgnis fest, dass Beleidigungen, Anfeindungen und Bedrohungen gegenüber ehrenamtlich tätigen Kommunalpolitikerinnen und -politikern in den letzten Jahren stark zugenommen haben und auch im Landkreis Marburg-Biedenkopf immer wieder vorkommen.
2. Der Kreistag stellt weiterhin fest, dass verbale und körperliche Angriffe gegen die Kommunalpolitikerinnen und -politiker in unserem Land eine Gefahr für unsere Demokratie und unsere rechtsstaatliche Ordnung sind und nicht zur Normalität werden dürfen.
3. Der Kreistag befürchtet, dass diese besorgniserregende Entwicklung dazu beiträgt, dass immer weniger Menschen bereit sind, sich auf kommunalpolitischer Ebene für das Gemeinwohl der Menschen in den Städten, Gemeinden und Landkreisen zu engagieren, was eine weitere Schwächung der Demokratie zur Folge hätte.
4. Der Kreistag verurteilt auf das Schärfste jede Form des respektlosen Verhaltens, der Beleidigung, Anfeindung und Bedrohung gegen Menschen, die in der Politik, aber auch in anderen Bereichen der Gesellschaft, Verantwortung tragen.
5. Der Kreistag setzt sich für einen respektvollen Umgang miteinander ein und fordert, gegen Beleidigungen, Anfeindungen und Bedrohungen entschlossen vorzugehen.
6. Der Kreistag fordert weiterhin, die ehrenamtlich tätigen Kommunalpolitikerinnen und -politiker zu schützen und zu unterstützen und in der Öffentlichkeit für Anerkennung und Respekt für das politische Ehrenamt zu werben.
7. Der Kreistag befürwortet die Entwicklung und Umsetzung von Maßnahmen im Rahmen des Projekts „Unterstützung des kommunalpolitischen Engagements“ des Fachdienstes Bürgerbeteiligung und Ehrenamtsförderung.

Begründung:

Verschiedene Umfragen und Statistiken zeigen, dass Kommunalpolitikerinnen und -politiker immer häufiger Opfer von Beleidigungen, Anfeindungen und Bedrohungen werden. Auch die Medien berichten regelmäßig über neue Fälle.

Diese Bedrohungslage ist nicht nur für die direkt betroffenen Personen und ihr Umfeld eine Belastung, sondern auch für unsere Demokratie. Sie trägt dazu bei, dass sich bereits engagierte Menschen aktiv aus der Kommunalpolitik zurückziehen und immer weniger Menschen nachfolgen, um sich für die Belange der Bürgerinnen und Bürger vor Ort einzusetzen.

Unsere Demokratie lebt jedoch von Menschen, die sich einbringen, mitgestalten und Verantwortung übernehmen. Deshalb gilt es, dieser Entwicklung entschieden entgegenzuwirken. Zum einen braucht es gute Rahmenbedingungen für das kommunalpolitische Engagement. Menschen, die politische Verantwortung übernehmen und sich in besonderer Weise für das Gemeinwohl einsetzen, müssen bestmöglich geschützt und unterstützt werden, damit sie sich in ihrem Engagement sicher fühlen.

Zum anderen muss der Blick der Öffentlichkeit verstärkt auf diese Problematik gelenkt werden. Es gilt, darüber aufzuklären, welchen wichtigen Beitrag unsere ehrenamtlichen Politikerinnen und Politikern für die Kommunen leisten, und für mehr Respekt im Umgang miteinander zu werben.

Bundespräsident Dr. Frank-Walter Steinmeier sagt dazu im ZDF-Sommerinterview am 12. Juli:
„Wir haben ein Problem. Hass und Hetze gehören nicht in die politische Auseinandersetzung. Wir müssen zurückkommen zu einer Streitkultur, die von Vernunft geprägt ist.“

gez.:

Werner Hesse
SPD-Fraktion

Werner Waßmuth
CDU-Fraktion